

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Alternativen der Europapolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1971) : Alternativen der Europapolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 1, pp. 4-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134209>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Alternativen der Europapolitik

Die Euphorie in der Europapolitik ist verfliegen. Trotz verheißungsvoller Anfänge ging das Jahr 1970 zu Ende, ohne daß die Regierungen sich über Ziele und Methoden des wirtschaftspolitischen Integrationsprozesses einigen konnten. Fundamentale Meinungsdivergenzen, die in den vergangenen Monaten oft allzu elegant mit wohlklingenden, aber inhaltsleeren Floskeln hinwegformuliert worden waren, brachen in einem Augenblick wieder auf, als die Einigung über die einzuschlagende Marschroute schon greifbar nahe schien. Geht man davon aus, daß die von Frankreich angestrebte monetäre Teilintegration ohne eine komplementäre Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken aufgrund ökonomischer Gesetzmäßigkeiten von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, so läßt sich der Konflikt auf die Kernfrage reduzieren: Soll die Gemeinschaft zur Wirtschaftsunion fortentwickelt werden – mit allen Konsequenzen, die sich daraus für die autonome nationale Handlungsfähigkeit ergeben –, oder soll die EWG auf dem Status der Zollunion verharren?

Für einen Verzicht auf den ehrgeizigen Versuch, die EWG in eine Wirtschaftsunion mit zentralen Steuerungsinstanzen umzugestalten, lassen sich gute Gründe anführen. Das beste Argument ist sicher, daß nur auf der niedrigeren Integrationsstufe der Zollunion die – überall zum Tabu erhobenen – nationalen Zielvorstellungen (vielleicht) realisierbar sind. Da diese Vorstellungen divergieren, werden die Quantitativnormen der angestrebten Wirtschafts- und Währungsunion zwangsläufig mehr oder weniger stark von den nationalen Zielbündeln abweichen. Alle feierlichen Schwüre, etwa die Gemeinschaft zu einem „Stabilitätsblock“ zu machen, können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß unsere Partnerländer den Begriff der Preisstabilität weitaus weniger streng definieren als wir; jede Hoffnung, unsere Norm der Gemeinschaft aufzwingen zu können, ist schlicht illusorisch.

Zwar hat, wie der Werner-Bericht zutreffend hervorhebt, die wachsende Verflechtung der Volkswirtschaften dazu geführt, daß schon heute die Autonomie der nationalen Konjunkturpolitiken de facto eingeengt ist. Dieser Tatbestand, aus dem die Forderung nach Stärkung der Zentralgewalt abgeleitet wird, ist indessen das Ergebnis einer speziellen, und keineswegs notwendigen, Nebenbedingung des europäischen Integrationsprozesses: der fixen Paritäten. Prinzipiell ist in der Zollunion – anders als in der Wirtschafts- und Währungsunion – jeder Mitgliedstaat in der Lage, sich durch fallweise Paritätsänderungen oder die (begrenzte) Freigabe seines Wechselkurses den inflatorischen oder kontraktiven außenwirtschaftlichen Zwängen zu entziehen und die Handlungsfähigkeit seiner Konjunktur- und Wachstumspolitik wiederherzustellen.

Die Rückgewinnung der nationalen wirtschaftspolitischen Autonomie durch Auflockerung der starren Wechselkursrelationen ist möglich, ohne daß damit gegen die ökonomische Rationalität der Zollunion verstoßen würde. Insbesondere bedeutet eine Entscheidung für flexiblere Kurse keinesfalls einen Verzicht auf integrationsbedingte Produktivitäts- und Wachstumsgewinne. Wettbewerbs- und Massenproduktionsvorteile, die typischen Vorteile regionaler Integration, sind nicht an langfristig fixe Paritäten gebunden. Auch die Wanderung der Produktionsfaktoren wird nicht behindert: Bei flexiblen Wechselkursen können vielmehr

die Barrieren gegen den freien Kapitalverkehr, die trotz wiederholter Liberalisierungsanläufe in den letzten Jahren eher höher als niedriger geworden sind, gefahrlos abgebaut werden. Die aus der Eigenart des EWG-Agrarsystems resultierenden Probleme lassen sich im Zuge der längst fälligen Neugestaltung des dringend reformbedürftigen Agrarmechanismus lösen.

Warum spricht trotz dieser unbestreitbar positiven Seiten einer Zollunion mit begrenzt flexiblen Wechselkursen vieles dafür, den unbequemen und riskanten Weg in Richtung auf eine Wirtschafts- und Währungsunion einzuschlagen? Die Entscheidung ist im Grunde nur vor dem Hintergrund der langfristigen ökonomischen und politischen Rolle Europas in der Welt zu begreifen. Geht man davon aus, daß das internationale Gewicht eines Landes auf wirtschaftspolitischer wie auf allgemein-politischer Ebene in erheblichem Maße von seinem Wirtschaftspotential abhängt, so stehen die – im Weltmaßstab kleinen – europäischen Staaten mittelfristig vor der Alternative: Anlehnung an eine der Supermächte unter weitgehender Aufgabe der Souveränität oder Poolung ihrer Volkswirtschaften und gleichberechtigte Gestaltung der gemeinsamen Politik, wobei jedes Land von der überproportional gewachsenen Bedeutung des Gesamttraums profitiert. Der englische Europaminister Rippon hat den Vorzug der zweiten Lösung kürzlich prägnant mit den Worten charakterisiert: „Bei einem Beitritt zur EWG vergrößern wir unsere eigene Souveränität, indem wir sie mit der Souveränität der anderen Staaten vereinen.“ Dies gilt für die Zukunft um so mehr, als die – in zunehmendem Maße staatlich subventionierte – Entwicklung moderner, wachstumsnotwendiger Technologien einen Aufwand an realen und finanziellen Ressourcen erfordert, der die Wirtschaftskraft jedes einzelnen Landes bei weitem übersteigt.

Der Souveränitätsgewinn des Gesamttraums wird indessen nicht automatisch anfallen. Die funktionelle Poolung der Wirtschaftspotentiale muß ergänzt werden durch einen gemeinsamen Willen, der gegenüber Drittländern effektiv artikuliert werden kann. Während nun eine Zollunion mit flexiblen Wechselkursen gerade die partikularistischen Bestrebungen der Mitgliedstaaten unterstützt und damit die Formulierung einer „europäischen“ Politik erschwert, geht von der Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion ein stetig zunehmender Druck zur Verständigung auf allen wichtigen ökonomischen Teilbereichen aus. Dieser Druck ist sicher nicht so stark, daß er die Regierungen unter allen Umständen zur Zusammenarbeit zwingt – die Warnungen der Verfechter flexibler Kurse vor dem blinden Vertrauen in einen angeblichen „Integrationsautomatismus“ sind absolut berechtigt. Krisen, die aus natürlichen Divergenzen der nationalen Einzelinteressen resultieren, werden sich auch in Zukunft nicht vermeiden lassen. Bei richtiger Dosierung der Konvergenzzwänge besteht jedoch die Chance, daß die Regierungen zunehmend lernen, konstruktiv eine gemeinsame Lösung der Interessenkonflikte zu suchen und in immer mehr Fragen eine gemeinsame Grundhaltung einzunehmen.

Diese Chance muß genutzt werden, auch wenn alle Mitgliedstaaten auf Teilgebieten materielle Opfer bringen (oder von Illusionen Abschied nehmen) müssen. Opfer, die sie vermutlich zunächst deutlicher wahrnehmen als die ihnen erwachsenden Vorteile. Es ist bemerkenswert, daß nicht zuletzt den kleineren europäischen Ländern der Verzicht auf inhaltsleer gewordene Souveränitätsrechte leichter gelingt als einer ehemaligen Großmacht wie Frankreich, dem eine realistische Einschätzung seines heutigen und mehr noch seines zukünftigen Gewichts schwerfällt. Das Risiko, das mit der stufenweisen Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion eingegangen wird, ist daher groß. Scheitert der Versuch, dann besteht die Gefahr, daß das bisherige Einigungswerk von einer Welle des Protektionismus zerstört wird.

Deshalb ist es notwendig, von Anfang an unbedingt Klarheit über das Endziel und über die mit der Verwirklichung der Union verbundenen (wirtschafts-)politischen Konsequenzen zu schaffen. Diese Klarheit muß ihren Ausdruck finden in einer Verständigung über die Einsetzung autonomer, nur einem europäischen Parlament verantwortlicher Gemeinschaftsinstanzen und in der Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat.